LMV 2012

Landesmitgliederversammlung in Halle (Saale)

linksjugend
['solid]
Sachsen-Anhalt

ANTRAGSHEFT I

Kurzinfos
Tagesordnung / Zeitplan
Geschäfts- und Wahlordnung
Rechenschaftsberichte
Anträge
Kandidaturen
Weiteres

24. + 25. November

INHALTSVERZEICHNIS

1. Kurzinfos
2. Tagesordnung / Zeitplan
3. Geschäfts- und Wahlordnung der LMV
4. Rechenschaftsberichte
   - LSpR
   - Schatzmeister
5. Anträge an die LMV
   - Satzungsanträge
   - Sachanträge
6. Kandidaturen
   - Schatzmeister*in
   - Mitglieder des LSpR
   - Länderratsdelegierte
   - Bundeskongressdelegierte
   - Landesausschussmitglieder DIE LINKE. (Nachwahl)
   - Delegierte zum Landesparteitag DIE LINKE.
7. Weiteres
   - Wichtige Tipps
   - Was geht noch am Samstag?
   - Anreise usw.
   - Abkürzungsverzeichnis

1. KURZINFOS

Was ist das eigentlich?

Die Landesmitgliederversammlung ist das höchste Gremium der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt. Sie legt programmatische Eckpunkte des Landesverbandes fest und wählt die Gremien und Delegierten des Landesverbandes. Sie entscheidet außerdem über die Satzung des Landesverbandes sowie weitere Richtlinien.

Wo findet sie statt?

Die Landesmitgliederversammlung 2012 findet in Halle statt. Wir haben die „Goldene Rose“ als diesjährigen Sitzungsort auserkoren und können uns dort autonom bewegen. Auch an die Raucher*innen ist diesmal gedacht – Ein Fleckchen im Warmen und Trockenen steht Euch zur Verfügung.

Ihr braucht eine Übernachtungsmöglichkeit?

Da die LMV in diesem Jahr an 2 Tagen stattfindet braucht Ihr ganz sicher eine Übernachtungsmöglichkeit. Wir haben diese soweit es geht privat organisiert. Soweit keine private oder weitere Unterbringung mehr möglich ist buchen wir für Euch auch ein Zimmer.

Was ist mit der Verpflegung?

Die Verpflegung ist selbstverständlich abgesichert. Als Grundlage wird mindestens vegetarische Kost angeboten. Für die „Fleischliebhaber*innen“ werden wir aber auch ein paar Beilagen bereit legen. Für Veganer*innen gibt es selbstverständlich auch etwas zu essen.

Die Kosten für die Fahrt sind zu viel?

Kein Problem – wir erstatten euch die Kosten für die günstigste Fahrt mit dem öffentlichen Personennahverkehr. Soweit Fahrgemeinschaften bei Fahrten mit PKW bestehen, können auch diese erstattet werden.

Ihr wollt auch für Gremien kandidieren?

Schickt uns eure Kandidaturen mit Namen, für was Ihr kandidieren wollt, eine kurze Beschreibung wie euer bisheriges Engagement aussah bzw. welche Vorstellungen ihr für die Zukunft des Jugendverbandes habt. Ein Bild mit einzubinden ist natürlich auch möglich☺.

Weitere Infos findet ihr auch unter dem Punkt 7 des Antragshefts u.a. Was muss ich bei Anträgen beachten, an wen sende ich Kandidaturen usw.

2. TAGESORDNUNG / ZEITPLAN

SAMSTAG, 24. NOVEMBER 2012		
11:00 – 11:45 Uhr	TOP 1	Begrüßung / Konstituierung
11:45 – 11:55 Uhr	Grußwort(e)	
11:55 – 13:00 Uhr	TOP 2	Vorstellungen 2013
13:00 – 13:30 Uhr	Mittagspause	
13:30 – 14:30 Uhr	TOP 3	Rechenschaftsberichte
14:30 – 14:45 Uhr	TOP 4	Satzungsanträge
14:45 – 15:00 Uhr	TOP 5	Vorstellung + Wahl Schatzmeister*in
15:00 – 15:10 Uhr	Grußwort(e)	
15:10 – 15:40 Uhr	TOP 6	Vorstellung + Wahl LR-Delegierte
15:40 – 16:10 Uhr	TOP 7	Vorstellung + Wahl LA-Mitglieder (Nachwahl)
16:10 – 16:40 Uhr	TOP 8	Vorstellung + Wahl LPT-Delegierte
16:40 – 17:00 Uhr	Kaffeepause	

17:00 – 19:00 Uhr	TOP 9	Sachanträge
19:00 – 20:00 Uhr	Abendessen	
SONNTAG, 25. NOVEMBER 2012		
09:00 – 09:30 Uhr	Gemeinsames Frühstück	
09:30 – 11:00 Uhr	TOP 9	Fortsetzung Sachanträge
11:00 – 12:30 Uhr	TOP 10	Vorstellung + Wahl LSpR-Mitglieder
12:30 – 13:00 Uhr	Inputreferat „Magdeburg Nazifrei“	
13:00 – 14:00 Uhr	Mittagessen	
14:00 – 15:30 Uhr	TOP 11	Vorstellung + Wahl Buko-Delegierte
15:30 – 15:45 Uhr	Abschluss LMV	

3. GESCHÄFTS- UND WAHLORDNUNG

1. Stimmrecht und Beschlussfähigkeit

1.1. Alle anwesenden Mitglieder der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt haben aktives und passives Wahlrecht, sofern sie noch nicht 35 Jahre jung sind.
1.2. weiteren Anwesenden (Sympathisant*innen) kann das Stimmrecht auf Beschluss der Landesmitgliederversammlung übertragen werden.
1.3. Die LMV ist beschlussfähig, wenn sie satzungsgemäß einberufen wurde.
1.4. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit aller abgebenden Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Teilnehmer*innen in offener Abstimmung gefasst.
1.5. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.
1.6. Wahlen finden geheim statt.
1.7. Gäste haben Rede- und Antragsrecht.

2. Tagungsgremien

2.1. Die Landesmitgliederversammlung (LMV) wählt in offenen und getrennten Abstimmungen die Tagesleitung, Protokollant*innen und die Wahlkommission. Die Aufstellung erfolgt vor der Landesmitgliederversammlung.
2.2. Die Tagesleitung leitet die Verhandlung der LMV gemäß der beschlossenen Tagesordnung und hat hierbei die Aufgabe:

a) zu Verfahrensfragen jederzeit das Wort zu ergreifen,
b) bei Überschreitung der Redezeit das Wort zu entziehen,
c) Rednerinnen zur Sache zu rufen,
d) die Verhandlung bei Störungen zu unterbrechen,
e) die Abstimmungen aller Anträge zu leiten,
f) Anfragen zuzulassen,
g) Gästen das Wort zu erteilen,
h) die Kandidat*innenliste aufzunehmen,

i) die Redner*innenliste quotiert und nach Erstredner*innen zu führen
j) im Zweifelsfall die Geschäftsordnung auszulegen.

2.3. Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlungen entsprechend der beschlossenen Wahlordnung.
2.3. Der/die Protokollant*innen haben die Aufgabe ein Beschlussprotokoll, bzw. bei Diskussionen ein Wortprotokoll (möglichst genau) zu führen. Die Tagesleitung hat entsprechend eine Entscheidung zu treffen.

3. Ablauf der Debatte

3.1. Die Debatte verläuft entsprechend der beschlossenen Tagesordnung.
3.2. Wortmeldungen sind der Tagesleitung anzuzeigen. Dies ist innerhalb der Debatte per Handzeichen oder schriftlich unter Angabe des Tagesordnungspunktes, zu dem das Wort gewünscht wird, möglich.
3.3. Auf Antrag einer Teilnehmer*in der Landesmitgliederversammlung kann eine Redezeitbegrenzung beschlossen werden.
3.4. Grundlage der Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.
3.5. GO-Anträge und Bekanntgaben der Wahlkommission haben Vorrang.

4. Frauenplenum

4.1. Auf Antrag einer weiblichen stimmberechtigten Teilnehmerin kann ein Frauenplenum einberufen werden.
4.2. Alle männlichen Teilnehmerinnen müssen den Tagungsraum verlassen, die Tagung wird für die Dauer des Frauenplenums unterbrochen.
4.3. Nach Ende des Frauenplenums werden die Ergebnisse des Frauenplenums bekannt gegeben.

5. Geschäftsordnungsanträge

5.1. Ein Geschäftsordnungsantrag kann jederzeit, aber ausschließlich von stimmberechtigten Teilnehmerinnen und ausschließlich mündlich gestellt werden.
5.2. Ein Antrag an die Geschäftsordnung wird signalisiert durch das Heben beider Arme.
5.3. Es kann jeweils ein/e Teilnehmer*in dafür und dagegen sprechen.
5.4. Danach wird der Geschäftsordnungsantrag sofort abgestimmt, sofern kein weiterer Geschäftsordnungsantrag gestellt wird.
5.5. Geschäftsordnungsanträge können sein:
a) Feststellung der Beschlussfähigkeit,
b) Vertagung der LMV (erfordert 2/3 Mehrheit der anwesenden Teilnehmerinnen),
c) befristete Unterbrechungen der Tagung,
d) Veränderungen der Tagesordnung,
e) Schluss der Debatte (nur bei Überschreitung des Zeitplanes),
f) Schluss der Redner*innenliste (kann nur bei Überschreitung des Zeitplanes),
g) Beschränkung der Redezeit (kann nur bei Überschreitung des Zeitplanes),
h) Wiederaufnahme der Sachdiskussion,
i) begrenzter Ausschluss der Öffentlichkeit (erfordert 2/3 Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Teilnehmerinnen).

5.6. Werden mehrere Geschäftsordnungsanträge gestellt, erfolgt ihre Abstimmung in der gestellten Reihenfolge.
5.7. Werden mehrere Geschäftsordnungsanträge zum gleichen Gegenstand gestellt, wird der weitestgehende zuerst abgestimmt.

6. Sachanträge

6.1. Sachanträge an die LMV können durch jedes Mitglied der Linksjugend ['solid] und der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, soweit sie noch nicht 35 Jahre jung sind, und Gäste gestellt werden.
6.2. Die Tagesleitung bestimmt die Reihenfolge der Behandlung der Sachanträge.
6.3. Bei verschiedenen Sachanträgen zum gleichen Gegenstand ist der weitestgehende zuerst zu behandeln.
6.4. Bei konkurrierenden bzw. unvereinbaren Sachanträgen zum gleichen Gegenstand ist gegebenenfalls durch Alternativabstimmung zu entscheiden, welcher Antrag der weiteren Behandlung zu Grunde gelegt wird (z.B. Hammelsprung).
6.5. Soweit ein Antrag, auch nach Änderung, nach Vorschlag der Tagesleitung an den LSpR zu verweisen ist, muss hierüber abgestimmt werden. Gegebenenfalls ist die Weitergabe an die Schiedskommission zu beschließen. Es kann jeweils eine Für- und eine Gegenrede eingebracht werden.

7. Wahlen

7.1. Gewählt ist, wer mindestens die Hälfte der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Menschen auf sich vereint. Soweit dies im 3. Wahlgang nicht erreicht ist, reicht die einfache Mehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Menschen aus.
7.2. Zu Delegiertenwahlen kann die Landesmitgliederversammlung beschließen, das die auf die/den gewählte*n Delegierten stimmenmäßig folgenden gewählten Delegierten der Stimmenzahl nach als Ersatzdelegierte gelistet werden.
7.3. Die Wahl muss von der/dem jeweiligen Kandidat_en*in angenommen werden.
7.4. Kandidat*innen dürfen bei den eigenen Wahlen nicht in der Wahlkommission mitwirken.

4. RECHENSCHAFTSBERICHTE

1.1 BERICHT DES LSPR

Folgt mit der nächsten Ausgabe des Antragsheftes

1.2 BERICHT ZU FINANZEN

Folgt mit der nächsten Ausgabe des Antragsheftes

5. ANTRÄGE AN DIE LMV

1.3 SATZUNGSANTRÄGE

S1 – Erweiterung des §3 Gemeinnützigkeit

Der Landessprecher*innenrat 2011/2012 beantragt folgenden Absatz neu hinzu zu fügen.

„(5) Weitere Grundsätze der Finanzarbeit sind in der Finanzordnung des Landesverbandes als Anlage zur Satzung geregelt."

Begründung: Seit Beginn des Jahres 2012 arbeitet der Landessprecher*innenrat mit einem Beschluss zum Umgang mit Fahrkosten. Dieser regelt die Höhe der Fahrkostenerstattung und die verschiedene Fallgestaltungen, sowie zu welchen Anlässen Fahrkosten übernommen werden, um Planungssicherheit in Sachen Finanzen zu haben. In diesem Beschluss wurde auch festgehalten, dass der LSpR zur LMV 2012 einen Antrag auf eine gesonderte Finanzordnung an die LMV stellt, welcher unter anderen die o.g. Sachverhalt zu regeln.

S2 – Erweiterung des §8 – Landesjugendtreffen

Der Landessprecher*innenrat 2011/2012 beantragt §8(3) wie folgt zu ändern / erweitern.

„(3) Das Landesjugendtreffen ist ein offenes bildungspolitisches und kulturelles Forum…"

Begründung: Bisher wurde das Landesjugendtreffen als politisches und kulturelles Forum bezeichnet, was jedoch durch das große bildungspolitische Angebot nicht der Vollständigkeit entspricht.

1.4 SACHANTRÄGE

A1 – Finanzordnung des Landesverbandes
*Einbringer*innen: LSpR 2011/2012*

Der Landessprecher*innenrat 2011/2012 beantragt folgende Finanzordnung für den Landesverband zu beschließen. Hiermit wird weiterhin beantragt den Beschluss der LMV 2011 „A1-SolidFonds" aufzuheben.

Finanzordnung der

Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt

§1 Ausgaben

Alle Ausgaben der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt erfolgen unter dem

Gesichtspunkt der Satzungsmäßigkeit, Nachhaltigkeit und Sparsamkeit. Grundlage der

Verwendung ist § 3 der Satzung der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt.

§2 Zuständigkeit

Für die Umsetzung des satzungsgemäß zu erstellenden Finanzplans ist der/die Landesschatzmeister*in in Absprache mit dem Landessprecher*innenrat zuständig. Der/die Landesschatzmeister*in ist verantwortliches Mitglied des LSpR für Einhaltung des Haushaltsplanes und ist berechtigt bei Überschreitung von Haushaltstiteln Haushaltssperren für diesen Titel zu verhängen. Diese können durch 2/3 Mehrheit des LSpR konstruktiv aufgehoben werden.
Entscheidungen, welche die Höhe von 100 Euro überschreiten, bedürfen des Votums der Mehrheit der Landessprecher*innen.

§3 Mitgliedsbeiträge

Gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung von Linksjugend ['solid] wird ein monatlicher Mitgliedsbeitrag erhoben. Dies passiert durch den Bundesverband der Linksjugend ['solid] entsprechend dessen Finanzordnung. Die Zahlung an den Landesverband erfolgt im 3. Quartal des Folgejahres auf Antrag der/des Landesschatzmeister_s*in. Eine Freistellung von der Beitragszahlung kann auf Antrag durch die/den Landesschatzmeister*in erfolgen.

§4 Teilnehmer*innenspenden

Die Teilnahme von Mitgliedern und Sympathisant*innen an Veranstaltungen des Jugendverbandes ist grundsätzlich kostenfrei. Für Mehrtägige Veranstaltungen (Landesjugendtreffen u.a.) kann per Beschluss des LSpR eine Teilnehmer*innenspende festgelegt werden. Diese darf 20,00 Euro nicht überschreiten (freiwillige Basis).
Die kostenfreie Teilnahme an Veranstaltungen des Jugendverbandes für alle Mitglieder und Sympathisant*innen wird angestrebt.

§5 Weitere Zuwendungen

Soweit die Einnahmen nicht die Ausgaben für die Aktionen/Veranstaltungen oder den laufenden Geschäftsbetrieb abdecken sind von/vom Landesschatzmeister*in entsprechend weitere Mittel/finanzielle Zuwendungen zu beantragen.
Darüber hinaus hat sie/er gemeinsam mit der/dem Jugendkoordinator*in die Aufgabe ständig weitere Einnahmequellen zu prüfen.

§6 Fahrkostenerstattung

(1)Die Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt erstattet Fahrkosten nach dem Grundsatz, dass das einladende Gremium die Fahrtkosten zu übernehmen hat.
(2) Fahrtkosten zu Veranstaltungen, an welchen die Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt nicht maßgeblich beteiligt ist, können nicht übernommen werden.
(3) Fahrtkosten zu Veranstaltungen der politischen Bildung werden im Rahmen des Haushaltsplanes übernommen, soweit nicht die Möglichkeit besteht, dass ein mitwirkender Veranstalter Fahrkosten übernehmen kann.
(4) Fahrtkosten zur Landesmitgliederversammlung sind grundsätzlich zu übernehmen.
(5) Fahrkosten zum Landesjugendtreffen werden nur übernommen, soweit die Teilnahme am Landesjugendtreffen nicht möglich ist.
(6) Der Umgang mit Fahrtkosten von Gremienmitgliedern sind in „§7 Gremienarbeit“ gesondert geregelt.

§7 Gremienarbeit

(1) Für ordentliche, sowie kooptierte Mitglieder des LandessprecherInnenrates (LSpR) werden Fahrtkosten zu
a. offiziellen Sitzungen des LSpR und
b. weiteren in § 1 (2) – (4) genannten Fällen
entsprechend übernommen.
(2) Fahrtkosten der/des JugendkoordinatorIn werden analog zu (1) übernommen. Hierfür

ist unter den Personalkosten ein gesonderter Betrag im Haushalt zu veranschlagen.

(3) Fahrtkosten, welche durch ein Vorbereitungstreffen für einen Bundeskongress (Buko)

entstehen werden für

a. Gewählte Buko-Delegierte

b. Die/den JugendkoordinatorIn übernommen

c. sonstige Mitglieder nach §3, soweit diese nicht durch den jeweiligen KV

übernommen werden.

(4) Soweit für die weitere Aufgabenerfüllung des LSpR und der/des JugendkoordinatorIn

entstehen, sind diese bei dem/der jeweiligen Gliederung, Gremium, Verband, bzw.

Bündnis abzurechnen

(5) Soweit eine Abrechnung nach (4) nicht möglich ist, kann eine Erstattung der

Fahrtkosten durch den Landesverband nur auf Beschluss des LSpR erfolgen.

§8 Höhe der Fahrtkostenerstattung

(1) Grundsätzlich gilt, dass nur Fahrtkosten für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln

im günstigsten Tarif (2. Klasse Regionalverkehr) erstattet werden.

(2) Eine Erstattung von per PKW zurückgelegten Kilometern erfolgt nur, soweit wichtige

Gründe (Bildung von Fahrgemeinschaften, ungünstige Zuganbindung, Transport von zur

Veranstaltung/Aktion notwendigen Gegenständen) vorliegen.

Kosten für Fahrten mit dem PKW werden mit 0,20 € je zurückgelegten Kilometer der

kürzesten Strecke erstattet. Wenn keiner der Gründe für die Nutzung des PKW vorliegt

erfolgt eine fiktive Erstattung analog zu (1).

§9 Verauslagte Mittel

Soweit ein Mitglied eigene finanzielle Mittel für eine Veranstaltung verauslagt hat besteht

die Möglichkeit der Rückerstattung, soweit die Ausgabe durch Beauftragung des LSpR

erfolgte.

§10 sachliche Richtigkeit

Zur Bestätigung der sachlichen Richtigkeit von Anträgen auf Fahrkosten und verauslagte Mittel sind die/der Landesschatzmeister*in und die/der Jugendkoordinator*in berechtigt.

§11 Projektfons

Der Landesverband der Linksjugend stellt pro Haushaltsjahr 15% des Zuschusses der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt für einen Fonds zur Verfügung. Hieraus können Projekte der Basisgruppen, Landesarbeitskreise und Projekte des Landesverbandes sowie außenstehende Gruppen gefördert werden. Die Entscheidung über die Anträge trifft der Landessprecher*innenrat, nach Empfehlung der/des Landesschatzmeister_s*in.

Eine Abrechnung der Anträge ist nur nach Vorlage der entsprechenden Quittungen, Belege oder ähnlicher nach den Richtlinien zur Buchführung und Rechenschaftslegung der Partei DIE LINKE. möglich.

§12 Inkrafttreten

Die Finanzordnung tritt mit Beschluss der LMV vom ___.___._____ in kraft und ist Anlage der Satzung.

Begründung: Mit der wachsenden Mitgliederzahl im Landesverband fallen immer mehr Finanzanträge an, welche alle den Anspruch haben sollte, nach gleicher Grundlage bearbeitet zu werden. Auch andere finanzielle Angelegenheit wie die Bestellung von Materialien werden immer mehr. Es ist aus diesen Gründen notwendig auch wirklich für alle Fälle eine Lösung zu finden, um eine schnelle Bearbeitung der Finanzen gewährleisten zu können. Weitere Ausführungen zur Begründung wurden bereits beim Antrag „S1“ gemacht.

A2 – politische Bildung gemeinsam ausbauen

*Einbringer*innen: Landessprecher*innenrat 2011/2012*

Der Landessprecher*innenrat 2011/2012 beantragt, dass die LMV mit der Bestätigung des folgenden Satzungsvorschlages den Beitritt zum Ring politischer Jugend Sachsen-Anhalt beschließt.

Ring Politischer Jugend Sachsen-Anhalt

- Satzung -

§ 1 Name, Sitz
(1) Der Ring Politischer Jugend Sachsen-Anhalt – im Folgenden RPJ Sachsen-Anhalt genannt – ist ein freiwilliger Zusammenschluss demokratischer parteipolitischer Jugendorganisationen aus Sachsen-Anhalt.
(2) Der Sitz des RPJ Sachsen-Anhalt ist Magdeburg.

§ 2 Grundsatz und Aufgaben
(1) Zweck des RPJ Sachsen-Anhalt ist die Stärkung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der demokratischen Kultur in Sachsen-Anhalt.
(2) Zur Erfüllung seiner Zwecke leistet der RPJ Sachsen-Anhalt politische Bildungs- und Jugendarbeit, durch die junge Menschen an das demokratische System herangeführt werden und zu gesellschaftlichen Themen Stellung beziehen können.
(3) Der RPJ Sachsen-Anhalt verfolgt das Ziel, sich aktiv in Jugendgremien zu Beteiligen. Er setzt sich für jugendrelevante Anliegen v.a. landesweit, aber auch – kommunal und bundesweit, ein.
(4) Diese Zwecke verfolgt der RPJ Sachsen-Anhalt auf ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Weise.
(5) Etwaige Einnahmen und/oder Gewinne sowie sonstige Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile oder Vergütungen mit Ausnahme von Fahrtkostenerstattungen oder sonstigem Aufwendungsersatz.

§ 3 Organe
Die Organe des Vereins sind:
1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand.

§ 4 Mitgliedschaft
(1) Mitglieder des RPJ Sachsen-Anhalt sind:
1. Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (GJ)
2. Junge Liberale Sachsen-Anhalt (JuLis)
3. Junge Union Sachsen-Anhalt (JU)
4. Jusos in der SPD Sachsen-Anhalt(Jusos)
5. Linksjugend [´solid] Sachsen-Anhalt (LJ's)
(2) Weitere Jugendorganisationen können nach schriftlichem Antrag durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgenommen werden. Dieser muss von dem satzungsmäßig zuständigen Organ einer der genannten Jugendorganisationen gestellt werden. Über die Anträge entscheidet die Mitgliederversammlung einstimmig.
(3) Die Mitgliedschaft erlischt durch:
1. Austritt – der Austritt muss schriftlich erfolgen. Er ist mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende gültig.
2. Ausschluss aufgrund von groben Verstößen gegen die Satzung.
In diesem Fall muss zuvor eine schriftliche Mahnung des RPJ Sachsen-Anhalt gegenüber der Mitgliedsorganisation ergehen, welche gegen diese Satzung verstoßenden hat. Über einen Ausschluss aufgrund eines groben Verstoßes gegen diese Satzung beschließt die Mitgliederversammlung nach Anhörung der betroffenen

Mitgliedsorganisation. In diesem Fall ist die Einstimmigkeit der Entscheidung erforderlich. Die Delegierten der betroffenen Mitgliedsorganisation sind hierbei nicht stimmberechtigt.
3. Auflösung der Mitgliedsorganisation.

§ 5 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung besteht aus je 3 Delegierten der Mitgliedsorganisationen des RPJ Sachsen-Anhalt. Sie tritt mindestens einmal in jedem Kalenderhalbjahr zusammen. Die Einberufungsfrist beträgt vier Wochen, wobei die Versendung der Einberufungsunterlagen maßgebend ist. In der Sitzung im zweiten Kalenderhalbjahr wird der Vorstand für das nächste Jahr gewählt.
(2) Die Einladung hat grundsätzlich schriftlich mit der Zusendung einer Tagesordnung und ggf. notwendigen Beschlussvorlagen zu erfolgen.
(3) Die Beschlussfassung über Ort und Zeit trifft der Vorstand. Die Einladung zur Mitgliederversammlung wird von der/dem Vorsitzenden verschickt. Sollte diese*r die Einladung nicht rechtzeitig versenden und nicht auf Aufforderung der weiteren Vorstandsmitglieder reagieren, so können auch mindestens zwei der restlichen Vorstandsmitglieder zur Mitgliederversammlung einladen. Sollte auch dies nicht rechtzeitig erfolgen, können mindestens drei Delegierter verschiedener Mitgliedsorganisationen zur halbjährlichen Mitgliederversammlung einladen.
(4) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist binnen zwei Wochen vom Vorstand
einzuberufen, wenn das Interesse des RPJ Sachsen-Anhalt diese erfordert oder wenn mindestens 1/3 der Delegierten dies gegenüber dem Vorstand schriftlich verlangen.
(5) Der Mitgliederversammlung obliegen die Beratung und die Beschlussfassung über die Arbeit des RPJ, die Entlastung und die Wahl des Vorstandes sowie der/des Schatzmeister*in und die Beschlussfassung über Anträge und Satzungsänderungen.
(6) Die Mitgliederversammlung kann Beschlüsse grundsätzlich mit einer 2/3-Mehrheit fassen. Die Mitgliederversammlung ist grundsätzlich beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Delegierten anwesend ist.
(7) Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind zu protokollieren und den Delegierten und den jeweiligen Mitgliedsorganisationen schriftlich zu übermitteln.

§ 6 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus der/dem Vorsitzenden, drei Stellvertreter*innen und einer/einem Schatzmeister*in. Der Vorstand führt die Geschäfte des PRJ Sachsen-Anhalt.
(2) Der Vorstand trifft seine Beschlüsse auf Vorstandssitzungen, zu denen er mindestens zweimal jährlich zusammentritt. Die Beschlüsse werden mit 2/3- Mehrheit gefällt.
(3) Über die Sitzung des Vorstandes wird ein Beschlussprotokoll geführt. Diese Niederschrift muss den Vorstandsmitgliedern innerhalb von sechs Wochen nach der jeweiligen Sitzung zugänglich gemacht werden. Einwände können innerhalb eines Monats nach Zugang der Niederschrift gegenüber dem Vorstand schriftlich erhoben werden. Das vom Vorstand bestätigte Protokoll muss allen Delegierten und Mitgliedsorganisationen zugänglich gemacht werden.
(4) Die Einladung für die Vorstandssitzung ergeht schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen durch die/den jeweiligen Vorsitzende*n, im Falle seiner Verhinderung durch zwei Stellvertreter*innen.
(5) Die Amtszeit des Vorstandes beträgt ein Jahr. Der Vorsitz wechselt jährlich in der folgenden Reihenfolge zwischen den Mitgliedsorganisationen:

1. Jusos in der SPD Sachsen-Anhalt (Jusos)
2. Junge Union Sachsen-Anhalt (JU)
3. Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt (LJ's)
4. Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (GJ)
5. Junge Liberale Sachsen-Anhalt (JuLis).

(6) Zudem kann jede Mitgliedsorganisation eine*n Stellvertreter*in oder eine*n Schatzmeister*in vorschlagen.
(7) Die/der Vorsitzende hat für den Ausgleich der Interessen im RPJ Sachsen-Anhalt einzustehen.
(8) Der Vorstand hat einmal jährlich in einem Rechenschaftsbericht gegenüber der Mitgliederversammlung über den Stand der geleisteten Arbeit Rechenschaft abzulegen.

§ 7 Finanzen
(1) Der RPJ Sachsen-Anhalt finanziert sich über Zuwendungen und Spenden.
(2) Der RPJ Sachsen-Anhalt erhebt von seinen Mitgliedsorganisationen keinen Mitgliedsbeitrag.
(5) Über die Mittelverwendung entscheidet die Mitgliederversammlung

§ 8 Satzungsänderung und Auflösung
(1) Die Satzungsänderungen erfolgt einstimmig.
(2) Die Auflösung des RPJ Sachsen-Anhalt kann nur die Mitgliederversammlung einstimmig
beschließen.
(3) Nach einer Auflösung ist das Vermögen an das Land Sachsen-Anhalt zur Verwendung für ähnliche steuerbegünstigte Vereine oder Einrichtungen oder zur Verwendung für andere gemeinnützige Zwecke, insbesondere die Unterstützung von freien Trägern der

Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt weiterzuleiten.

Begründung: Seit Ende des Jahres 2011 gibt es Kontakt zu anderen politischen Jugendverbänden im Land um einen Dachverband zu gründen, welche finanzielle Mittel vom Land Sachsen-Anhalt akquirieren kann um die Finanzierung der politischen Bildung zu stärken und weiter auszubauen. Im Jahr 2012 gab es 2 gemeinsame Sitzungen von Vertretern der Jusos, JU, Grünen Jugend und teilweise auch der JuLis und Mitgliedern des LSpR unseres Landesverbandes. Sie bereiteten in mühevoller Arbeit die vorliegende Satzung vor. Inwieweit wirklich finanzielle Mittel fließen ist momentan noch ungewiss. In der letzten Gründungsvorbereitungssitzung einigten wir uns darauf, dass Gespräche mit den zuständigen Ämtern und Ministerien erst nach der Gründung Ende Januar / Anfang Februar stattfinden sollen. Der Landesvorstand unserer Mutterpartei ist ebenfalls über das Vorgehen informiert und wird zukünftig auch mit eingebunden.
Weitere Änderungsvorschläge zur Satzung des RPJ würde das Gründungsverfahren weiter verzögern, bzw. auch gefährden.

A3 – Ring politischer Jugend: Mitglieder einbinden und Verantwortung verteilen
*Einbringer*innen: LandessprecherInnenrat*

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass für die Delegation zum RPJ Sachsen-Anhalt weitere Mitglieder des Landesverbandes gewählt werden. Insgesamt kann jede Mitgliedsorganisation des RPJ 3 Delegierte stellen. Hierzu schlage ich folgendes vor:

Die Landesmitgliederversammlung der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt beschließt, dass jährlich 3 Delegierte zum RPJ Sachsen-Anhalt delegiert werden. Hierbei soll sich die Delegation aus der/dem gewählten Landesschatzmeister*in und 2 weiteren zu wählenden Mitgliedern des Landesverbandes zusammensetzten. Auf die Geschlechterquotierung sollte geachtet werden. Die Wahl findet jährlich statt.
Folgendes sollte Bestandteil der Tätigkeiten der Delegation sein:

- Teilnahme und Mitarbeit im RPJ Sachsen-Anhalt (autonom)
- Jährliche Berichterstattung zur Landesmitgliederversammlungen
- Absprache mit dem LSpR und ggf. gemeinsam mit LSpR beim LaVo.

Beschlüsse des RPJ, welche in die Finanzautonomie des Landesverbandes greifen sind vorher mit dem Landessprecher*innenrat, sowie der Landesvorstand der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt zu beraten. Die Delegation kann ohne Zustimmung der LMV Satzungsänderungen zustimmen.

Begründung: Im Gegensatz zu den Geflogenheiten anderer politischer Jugendverbände sollte die Zusammenstellung der Delegation so demokratisch wie möglich stattfinden. Es erfolgt hierdurch ebenfalls eine demokratische Einbindung der Mitglieder in die Arbeit des Landesverbandes. Die Dauer der Delegation ist der allgemeinen Fluktuation der Mitgliedschaft geschuldet, ist jedoch kein Hinderungsgrund für erneute Kandidaturen in den folgenden Jahren. Die Anzahl ergibt sich aus §5 der Satzung.
Zur Zusammensetzung: Die Delegation enthält als feste Größe die/den Landesschatz-meister*in, da diese*r für die Finanzen des Landesverbandes rechenschaftspflichtig ist und diese mit dem Landessprecher*innenrat gegenüber dem Landesvorstand verteidigen und rechtfertigen muss. Die offene Wahl zeigt Transparenz gegenüber den Mitgliedern und gewährt ihnen Einblick in die Arbeit auf Landesebene.

A4 – Vorbereitung zur Wahl einer*s Jugendpolitischen Sprecherin*s

*Einbringer*innen: Marcel Wiebach*

Auf dem Landesjugendtreffen(LJT) 2013 wird ein Vorschlag für den/die jugendpolitische*n Sprecher*in(JuPo) im Landesvorstand in geheimer Wahl gewählt. Die Person wird dann auf dem folgenden Landesparteitag, vom Landesjugendverband den Delegierten, für den Landesvorstand vorgeschlagen. In den Einladungen für das LJT wird auf die Wahl hingewiesen.

Begründung: Mit der Wahl von Marcel Wiebach, als Kandidat des Jugendverbandes, gab es erstmalig in der Geschichte der Landesjugendverband eine Vertretung im Landesvorstand. Der Vorschlag selber wurde damals relativ kurzfristig auf dem Landesjugendtreffen 2011 in offener Wahl abgestimmt. Damit diese Position gefestigt wird, soll durch die langfristige Vorlaufzeit und dem Ablaufplan, wie der Jupo nominiert wird, der Prozess noch transparente und demokratischer gemacht werden.

Warum auf den LJT?
Der Landesparteitag 2013 wird auch wieder im Herbst(wahrscheinlich im Oktober) stattfinden. Dies bedeutet, dass die Landesmitgliederversammlung entweder (sehr) kurz vorher oder, eher wahrscheinlicher, später stattfindet. Mit einer Nominierung Anfang September, hat der/die Kandidat*in noch ausreichend Zeit sich bekannt zu machen.
Eine Wahl schon bei dieser LMV wäre zu früh, da die Landesvorstandswahl selber erst in einem Jahr stattfinden würde.

Aufgaben Jupo?

- Kontakt zwischen Landesvorstand und LSpR
- Kooptiertes Mitglied des LSpR
- Infos über Landesvorstandsitzungen
- Einbringungen von Anträgen/Themen vom Jugendverband

A5 –Bildungsfahrt Buchenwald, Auschwitz, Gedenken 80 Jahre Machtübergabe

*Einbringer*innen: Linksjugend ['solid] Stadtverband Halle*

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:
1. Ab 2013 soll der Landesverband der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt jährlich eine Bildungsfahrt in das Konzentrationslager Buchenwald für alle Interessierten organisieren.
2. Des Weiteren soll der zukünftige LSpR Kontakt zur Linksjugend Brandenburg aufnehmen, um eine Kooperation für die jährliche Fahrt der Brandenburger Genossen nach Auschwitz anzuregen und gegebenenfalls zu organisieren.
3. Der LAK Antira/Antifa wird angeregt, dem LSpR dabei zu helfen im Rahmen des Gedenkens an 80 Jahre Machtübergabe und perspektivisch 100 Jahre Erster Weltkrieg eine Liste von historischen Orten in Sachsen-Anhalt und eine Konzeption zu erstellen, die sich für eine pädagogische Jugendbildung im Rahmen der Projekte der Linksjugend ['Solid] Sachsen-Anhalt eignen.

Begründung: Eine der zentralen Aufgaben der Linksjugend ist die politische Bildung ihrer Mitglieder und anderer Jugendliche. Die Gedenkjahre, die in den nächsten zwei Jahren auf uns zu kommen sind prädestiniert dafür unsere historische Bildungsarbeit zu intensivieren. Unser Jugendverband wächst immer weiter und es sollte uns inzwischen möglich sein, neben den regelmäßigen Veranstaltungen (LMV, LJT) eine weitere zu etablieren.
Unsere Brandenburger GenossInnen veranstalten schon seit mehreren Jahren Fahrten nach Auschwitz und auch wir haben damit schon die positive Erfahrung gemacht, dass sich viele junge Menschen für das Thema interessieren. Dieses Interesse sollten wir als Ansporn nehmen, jungen Menschen die Geschichte Auschwitz und der Shoa näher zu bringen. Die Kooperation mit den Brandenburgern sollte uns dieses Vorhaben erleichtern, da wir auch auf bestehende Strukturen zurückgreifen können.
In Sachsen-Anhalt gibt es viele Orte der Erinnerung, die für unser Geschichtsbild des 3. Reiches und des Ersten Weltkrieges von großer Bedeutung sind. Der LAK Antira/Antifa hat es sich explizit bei seiner Gründung die historische Bildung auf die Fahnen geschrieben, um nicht nur ein reiner Aktionsarbeitskreis zu sein. Deshalb wollen wir ihm den Vorschlag machen, sich eben mit jenen Orten auseinander zu setzen und zum

Beispiel einen Flyer zu produzieren oder Reisen zu organisieren. Einige Beispiele wollen wir hier aufführen: Lichtenburg (KZ), Bernburg (Euthanasie), Langenstein (späteres KZ), Gardelegen-Isenschnibbe (Massaker Ende des Kreiges), Dessau (Zyklon B), Halle (Roter Ochse), Zeitz Rehmsdorf (KZ-Außenlager), Wannsleben (KZ-Außenlager), Altengrabow (Kreigsgefangenenlager), Gröbzig, Wörlitz, Halberstadt (Synagogen), Stiftskirche Quedlinburg (Okkulter Nazikram), Walpurgishalle Thale (Okkulter Nazikram).

A6 – Generation Krise? - Generation Widerstand! - Für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema "Krise" 2013

*Einbringer*innen: Linksjugend ['solid] Stadtverband Halle*

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:
„Der Landesverband beschäftigt sich unter anderem schwerpunktmäßig im kommenden Jahr mit dem Thema „Euro- und Finanzkrise – Ursachen und Auswirkungen“
Insbesondere der LandessprecherInnenrat wird beauftragt
- mindestens eine thematische Veranstaltung in Form eines Tagesseminars zur organisieren,
- auf dem Landesjugendtreffen 2013 mindestens einen inhaltliche passenden Workshop anzubieten,
- weitere inhaltliche Angebote zu erarbeiten (beispielsweise thematisches Material wie Reader, Broschüren, Flyer),
- Aktionen wie Folgetermine von Blockupy und UmFAIRteilen im Rahmen seiner finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zu unterstützen.“

Begründung: 2012 – wir befinden uns mittlerweile im vierten Jahr Krise, sei es nun eine Schulden-, Banken-, Wirtschafts-, Euro- oder Finanzkrise. Wir müssen mit ansehen, in welche sozialen Katastrophen die angeblichen „Krisenlösungsstrategien“ der Troika aus IWF, EZB und EK Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal bringt. Die Jugendarbeitslosigkeitsquote ist auf über 50% gestiegen, tausende von Menschen sind jeglicher sozialer Sicherheitsnetze beraubt.

Jedoch zeigen Länder wie Griechenland, Spanien und Portugal auch eindrucksvoll, wie Menschen versuchen sich gegen die Politik der Herrschenden zu wehren - Tausende gehen bei Großdemonstrationen seit Monaten immer wieder auf die Straße, am 14. November ist ein länderübergreifender Generalstreik geplant, der Südeuropa lahm legen soll, Menschen besetzen wochenlang Betriebe und streiten für einen selbst bestimmten Arbeitsalltag, fernab von Akkordarbeit, Lohndruck und Entlassungsperspektiven.

Natürlich wächst in instabilen Zeiten auch immer der Zuspruch an nationalistische und faschistische Kreise, wie unlängst die erschreckenden Wahlergebnisse für die offen faschistische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) zeigten.
Es liegt demnach auch in unserer Verantwortung als deutsche Linke, die Anti-Merkel-Rufe nicht zu nationalistischer Hetze verkommen zu lassen, sondern konsequent für internationale Solidarität und eine radikale Umkehr der bisherigen Politik einzustehen. Denn nach wie vor verläuft die Grenze nicht zwischen den Nationalitäten sondern zwischen oben und unten.

Die BRD wähnt sich indes noch immer als Krisengewinnerin. Dies verschleiert jedoch zum einen die Hauptverantwortung der deutschen Politik an der fatalen Situation in Südeuropa. Denn nur durch Lohn-Dumping,Arbeitszeitverlängerung und Erhöhung des Renteneintrittalters konnte Deutschland seinen Titel als Exportweltmeister behaupten und so andere Länder mit billigen Importen aus Deutschland überschwemmen. Aber auch die realen sozialen Verhältnisse hier werden oft genug vernachlässigt. In der Zeit von 2000 bis 2010 sind die Reallöhne der deutschen Beschäftigen um ca. 4,5 Prozent zurückgegangen, die neoliberalen Reformen, die in Griechenland und anderen Ortes oktroyiert werden, sind mit der Agenda 2010 in Deutschland lange erprobt worden. Mit von CDU/CSU und FDP installierten Mechanismen wie der Schuldenbremse werden im nächsten Jahr noch massiver Sozialstaat und Demokratie untergraben.

Gerade in den hiesigen Medien werden jedoch rassistische Stereotype und ökonomisch grundfalsche Binsenweisheiten kolportiert. Vom „faulen Griechen, der dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche liegt“ und dem Märchen vom „gesund-Sparen der Wirtschaft“ kann man in allen bürgerlichen Medien von der Welt bis zur taz tagein tagaus lesen.

Natürlich wird dabei ausgeblendet, dass nicht einzelne Staatshaushalte das Problem sind, sondern die Ursachen der Krise im kapitalistischen System selbst angelegt sind und es deshalb nur eine echte Lösung geben kann, die Überwindung des selbigen!
Daraus folgt, dass für uns eine fundierte inhaltliche Beschäftigung mit den Ursachen und Wirkungen der Krise mehr als notwendig ist.

Zu diesem Zweck sollen im Landesverband Bildungsangebote organisiert werden. Zum einen können dies landesweite Seminartage oder Workshops beim Landesjugendtreffen sein.
Innerhalb des Jugendverbandes, aber auch bei anderen Akteuren wie Gewerkschaften und Sozialverbänden gibt es eine breite inhaltliche Expertise, die wir nutzen können.
Aber auch für die inhaltliche Auseinandersetzung in den einzelnen Ortsgruppen und Kreisverbänden soll ein Angebot z.B. über eigene Broschüren und Reader mit klassischen Texten zur politischen Ökonomie und aktuellen Analysen geschaffen werden.

Auch kann dies Anlass sein, eigenes Material zum Thema jugendspezifisch aufzubereiten, um damit die politische Vielfalt unseres Landesverbandes weiter auszubauen.

Eine Schwerpunktsetzung soll indes kein Vorschreiben der Themensetzung der einzelnen Gruppen sein. Auch steht dem LSpR natürlich die Möglichkeit zu, weitere Themen nach eigenem Ermessen zu bearbeiten.

A7 – Imperatives Mandat für die BuKo-Delegierten

*Einbringer*innen: Linksjugend ['solid] Stadtverband Halle*

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

„Die Delegierten zum Bundeskongress (BuKo) der Linksjugend[’solid] werden mit einen imperativen Mandat ausgestattet. Zu diesen Zweck finden im Vorfeld des BuKos Vorbereitungstreffen für alle Mitglieder des Landesverbandes statt, auf denen Anträge beraten und gemeinsame Abstimmungspositionen entwickelt werden.“

Begründung: Die Wahl der Delegierten zum Bundeskongress findet zeitlich weit vor ihm statt. Daher kann nicht vorausgesehen werden, welche Anträge zur Abstimmung bzw. Behandlung kommen werden. Die TeilnehmerInnen der Landesmitgliederversammlung haben so keine Chance diejenigen zu delegieren, die sie ihrer Meinung nach am Besten vertreten und Anträge in ihrem Sinne behandeln.

Wir verstehen uns als einen basisdemokratischen Verband, der nicht vom Willen einzelner, sondern vom Willen aller Mitglieder bestimmt wird. Nun ist es verwunderlich, dass gerade ein Verband mit einem solchen Selbstverständnis einzelne Delegierte wählt und sie in ihrem Abstimmungsverhalten unabhängig von der Basis macht. Das imperative Mandat soll daher helfen, dieses Spannungsfeld aufzulösen. Etwaige Anträge sollen im Vorhinein in den Verbänden diskutiert und abgestimmt werden. Die Delegierten sollen sich dann an den Mehrheitsentscheid halten und in diesem Sinne abstimmen. Das imperative Mandat bedeutet nicht, dass den Delegierten kein Vertrauen in politischen Fragen entgegengebracht wird und man ihnen keine eigene Meinung zugesteht.
Den Delegierten steht es frei, seine Ansichten in den Vorbereitungstreffen deutlich zu machen und für sie zu werben. Weiter drückt sich das Vertrauen in die Delegierten darin aus, dass sie:
1. Bei möglichen Initiativanträgen nach ihrem Gewissen abstimmen.
2. Sich bei etwaigen Änderungsanträgen untereinander beraten und dann entscheiden, ob ein Antrag noch angenommen werden kann oder nicht.

Durch diese Regelung treten wir als Linksjugend solid der Vorstellung von Basisdemokratie einen Schritt näher.

A8 – Provinzparade in Sachsen-Anhalt – support your “local“ Orsgruppe!

*Antragsteller*innen: Linksjugend['solid] Halle*

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:
„dass Im Jahr 2013 eine erste Provinzparade durch Sachsen-Anhalt, genauer durch die einzelnen Ortsgruppen und Kreisverbände stattfindet.
Der Landessprecher_innenrat möge die finanziellen Möglichkeiten für zum Beispiel eine fünftägige Tour mit einem Kleinbus und entsprechendem Budget für Verpflegung und Veranstaltungen vor Ort prüfen. Darüber hinaus empfiehlt sich eine Orga-Gruppe, die sich auf einen Zeitraum (möglichst während der Schulzeit) einigt, die Aktions- und Veranstaltungsanregungen der Gruppen sammelt und deren Umsetzung sowie die personelle Besetzung des Busses über den Zeitraum koordiniert. Spätestens auf der Klausurtagung im Januar initiiert der Landessprecher_innenrat die Gründung dieser Orga-Gruppe und stellt ihr entsprechende Kommunikationswege zur Verfügung.“

Begründung: Frei nach dem Motto „wenn der Berg nicht zum Propheten kommen kann, muss der Prophet eben zum Berg“ wollen wir durch Sachsen-Anhalt touren und die Aktivist_innen vor Ort unterstützen.

Sachsen-Anhalt ist in seiner Ausdehnung ein relativ großes Bundesland, in dem mensch mit öffentlichen Verkehrsmitteln schon mal einige Stunden zu einer Demo, einem Workshop, einer Infoveranstaltung oder Versammlung unterwegs sein kann – vom Zeit- und Geldfaktor einmal ganz abgesehen. Nichtsdestotrotz haben die Linksjugend['solid]-Gruppen das zusätzlich zu ihrer Arbeit vor Ort immer wieder in Kauf genommen, um zu landesweiten Veranstaltungen zu kommen und diese damit entscheidend mitgestaltet. Es ist also an der Zeit, Danke zu sagen und Etwas zurückzugeben, indem die Gruppen vor Ort in ihrer Arbeit durch Orga und Infrastruktur von Seiten des Landesverbandes unterstützt werden.

Dafür soll ein Kleinbus, voll gestopft mit Material, gut gelaunten Aktivist_innen und einem roten Sofa (drei-vier rote Stühle tun es auch) in die „Provinz“ fahren und Stimmung, Infos und Kritik in die ländliche Öde bringen. Sei es eine mobile Küche mit kostenlosem Mittagessen vor einer Schule, ein Infostand zu Themen wie Bundeswehrwerbung an Schulen, kreativen Flashmobs oder ein_e spannende_r Referent_in im Kofferraum – die jeweiligen Aktionen können und sollen ganz den Ideen, Wünschen und Bedürfnissen der jeweiligen Gruppe angepasst sein. Das Konzept ist dabei sehr frei gedacht, sodass sich an jedem Haltepunkt spontan entschieden werden kann, mit dem Bus mit zur nächsten Station zu fahren.

Eine solche Parade durch die Provinz kann gerade neuen und kleinen Gruppen helfen, sich an die Organisation erster eigener Veranstaltungen vor Ort heranzutasten, aber auch „alte Hasen“ können bei diesem „Linksjugend-Happening in ihrer Region“ neue Impulse bekommen, mal etwas Orga-Arbeit abgeben oder aber sich selbst in den Bus setzen und andere Gruppen kennen lernen und unterstützen, was der Vernetzung über das Frühaufsteherland verteilter Aktivist_innen nur zu Gute kommen kann.

Lasst uns die Provinz rocken!

A9 – Politik machen – Themen setzen!

*Einbringer*innen: Marcel Wiebach*
*Unterstützer*innen: André Röthel*

Der Landesverband führt und konzentriert sich im nächsten Jahr auf eine Kampagne zum Thema „Die Zukunft der Arbeit“. Die Kampagne beinhaltet zum Beispiel inhaltliche Auseinandersetzung, Material und zum Schluss ein Positionspapier zu dem Thema.

Inhalt der Kampagne sind Ausbildung, Beruf und soziale Absicherung und unsere Vorstellung dazu. Möchten wir zum Beispiel ein Recht auf Faulheit und ein bedingungsloses Grundeinkommen oder möchten wir uns für ein Recht auf Arbeit und eine ausreichende Grundsicherung einsetzen? Wie ist unsere Vision von einer guten Berufsausbildung und einem Studium?

Diesen und vielen weiteren Fragen um das Thema Arbeit werden wir uns als Landesverband im Jahr 2013 stellen. Um einen landesweiten Dialog zu eröffnen sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden.

Strukturell

- Der LSpR thematisiert dies auf einer seiner Sitzung und (wenn durchgeführt) auf der Klausurtagung
- Zur Unterstützung des LSpR wird eine zeitweilige Arbeitsgruppe geschaffen
- Es wird ein Etherpad für den Ablauf(Struktur) und ein Etherpad für die Diskussion und das Positionspapier erstellt, welches vom LSpR moderiert wird und allen Mitgliedern bekannt gemacht wird. Außerdem wird geprüft welche weiteren online Diskussionsmittel sinnvoll wären. (z.B. Liquid Feedback, Drop Box)
- Es wird Material (Flyer, Aufkleber, etc.) entsprechend dem Ergebnis des Positionspapier erstellt.

Bildungsarbeit

- mindestens eine thematische Bildungsveranstaltung im ersten Halbjahr 2013
- Der LSpR thematisiert dies auf einer seiner Sitzung
- Workshops und Seminare von Strukturen(OV, KV, LAK) des Landesverbandes, werden mit Vorrang gefördert und ermöglicht durch den LV
- Auf dem Landesjugendtreffen findet am Samstagabend eine Diskussion zu diesem Thema statt
- Ein Positionspapier wird auf der Landesmitgliederversammlung 2013 vor- und zur Abstimmung gestellt
-

Begründung: Zunächst, der Landesverband lebt. Nach 5 Jahren Aufbau des Landesverbandes haben wir endlich stabile und arbeitsfähige Strukturen. Im letzten Jahr wurden mehrere Landesarbeitskreise gegründet und einige Seminare und Workshops zu verschiedenen Themen fanden statt. Auch gab es viele Pressemitteilungen zu aktuellen Ereignisse. Aber für was steht eigentlich der Landesverband? Was verstehen wir unter den Schlagwörtern die in unserer Selbstbeschreibung stehen? Oft wissen wir, wo gegen wir sind und was wir nicht gut finden, aber wie stellen wir uns die Zukunft unserer Gesellschaft vor? Was sind unsere Utopien, was möchten wir und kann auch sofort geändert werden?

Warum nur ein Thema und nicht gleich ein ganzes Programm?
Zwar wächst unser Landesverband und wird dadurch stabiler, aber auch schon die Bearbeitungen eines Themas ist sehr zeit- und arbeitsaufwendig. Selbst im Bundesverband ist bisher noch kein neues Programm, wie auf dem letzten BuKo beschlossen, in Sicht. Als erfolgreiche Herangehensweise hat es sich bewährt, konzentriert an einem Themen zu arbeiten und zu einem Ergebnis zu kommen, als sich um alles Mögliche „zu kümmern“ und kein Ergebnis zu haben. Auch ist dies nicht so zu verstehen, dass wenn wir dazu ein Positionspapier haben, auch danach es sich alles nur noch um dieses Thema drehen soll. Eher soll es ein Auftakt sein und mit der Erfahrung eines erfolgreichen, abgeschlossenen Projektes sich motiviert das nächste Thema „vorzunehmen“.

Wieso das Thema Arbeit?
Zu nächst, ob wir das gut finden oder nicht, definiert sich unsere Gesellschaft über die Erwerbsarbeit. So hat fast jede*r schon mal Kontakt zur „Arbeitswelt“ gehabt, sei es weil mensch selber einer Erwerbsarbeit nachgeht, gerade eine Ausbildung oder Studium macht oder auch auf der suchen nach Erwerbsarbeit ist. Es gibt also einen großen und vielfältigen Erfahrungsschatz. Aber auch Arbeit, welche sich nicht Erwerbsarbeit nennt, macht einen großen Teil unseres Lebens aus. Die Möglichkeiten zu Diskussion und Positionierungen sind also gerade bei diesem Thema massenhaft vorhanden.

Aber auf der anderen Seite handelt es sich dabei nur um einen Vorschlag, andere Themen können und sollen gerne vorgeschlagen und ggf. zur Wahl gestellt werden. Nur eins sollte nicht passieren und zwar das es nachher doch einen Programmentwurf ähnelt und mehr als ein Thema bearbeitet wird.

Machen wir dann nächstes Jahr nur noch „Arbeit“?
Nein. Der Landesverband und sein Mitglieder sollen sich nur auf dieses Thema „konzentrieren“, natürlich bleibt dabei auch Raum für andere Aktionen oder auch Bildungsarbeit.

A10 - Unterstützung der CSD-Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt

*Einbringer*innen: Linksjugend ['solid] Stadtverband Magdeburg*

Die Landesmitgliederversammlung der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt möge beschließen:

1. Der Landessprecher_innenrat soll in seiner Finanzplanung für das kommende Jahr eine finanzielle Unterstützung der CSDs in MD und Halle von mindestens 500€ einplanen.
2. Weiterhin ist der Landesverband aufgefordert, den Ortsgruppen organisatorisch und personell bei den Veranstaltungen zu helfen.

Begründung:

Der Beteiligung am CSD ist ein fester Termin im Kalender des Jugendverbandes geworden. Die Teilnahme an den Straßenfesten und auch Paraden erforderte in diesem Jahr große Anstrengungen finanzieller und organisatorischer Art. Um eine langfristige Planungssicherheit der Beteiligung des Jugendverbandes an diesem wichtigen Event zu gewährleisten, ist auch eine rechtzeitige finanzielle und organisatorische Ausstattung notwendig.

6. KANDIDATUREN

In dieser anonymisierten Version des Antragsheftes findet ihr aus Datenschutzgründen keine Bewerbungsschreiben oder Kandidaturen. Die komplette Version gibt es nur nach Anmeldung.

6.1 LANDESSCHATZMEISTER_IN

Beschreibung: Der/die Landesschatzmeister/in ist Mitglied des LandessprecherInnenrates, wird aber im Gegensatz zu den weiteren Mitgliedern des LandessprecherInnenrates in Einzelwahl gewählt. Die/ Der LandesschatzmeisterIn ist verantwortlich für:

- die Erstellung des Finanzplanes für den Landesverband
- überwacht finanzrelevante Beschlüsse des Landessprecher*innenrates; hierbei besteht außerdem auch Vetorecht
- prüft Finanzanträge
- Absprache mit der/dem Landesschatzmeister*in der Landespartei
- Akquise von Geldquellen.
-

Weitere Aufgaben können im Rahmen der Konstituierung des LSpR noch übernommen werden.

Bisher liegt keine Kandidatur vor!

6.2 LANDESSPRECHER*INNENRAT

Hinweis: Vor der Wahl der Mitglieder des Landessprecher*innenrates ist die Größe dessen durch die Landesmitgliederversammlung zu beschließen. Der ehemalige LSpR hat hierbei das Vorschlagsrecht. Der Beschluss wird nach einer Debatte getroffen.

Kandidaturen weibliche Liste

Bisher liegt keine Kandidatur vor!

Kandidaturen gemischte Liste

Bisher liegt eine Kandidatur vor.

6.3 DELEGIERTE ZUM LÄNDERRAT

Kandidaturen weibliche Liste

Bisher liegt keine Kandidatur vor!

Kandidaturen gemischte Liste

Bisher liegt keine Kandidatur vor!

6.4 DELEGIERTE ZUM BUNDESKONGRESS

Beschreibung: Der Bundeskongress ist das höchste Gremium des Jugendverbandes. Ein Mal im Jahr kommen 250-300 Mitglieder, Sympathisant*innen und Gäste zusammen, um Debatten zu führen, über Anträge abzustimmen, Gremien wie den BundessprecherInnenrat zu wählen, sich zu vernetzen und die Ausrichtung der Linksjugend ['solid] zu beschließen. Auf dem letzten Bundeskongress in Berlin wurde dabei erstmalig ein neues, beteiligungsorientiertes Verfahren der Antragsbehandlung ausprobiert. Statt ähnlich eines Parteitages eine Generaldebatte zu führen, wo nur einer spricht und 300 andere zuhören, wurden die meisten Anträge in kleineren Workshops behandelt, abgeändert, diskutiert und verfeinert. Dieses Verfahren namens "Buko neu denken" wird auch 2013 verwendet werden, allerdings mit einigen Korrekturen.

Stimmberechtigt auf dem Bundeskongress sind die Delegierten der Landesverbände, Gliederungen und des Studierendenverbandes. Unser Landesverband hat 10 Delegierte, die unter Sicherung der Mindestquotierung von 50% auf der Landesmitgliederversammlung gewählt werden. Die gewählten Delegierten treffen sich in der Regel mehrmals im Vorfeld des Bundeskongress, um eigene Anträge zu entwickeln und Anträge anderer Landesverbände und Antragsteller*innen zu behandeln. Eine gute Vorbereitung ist wichtig, um die politischen Ideen und Vorhaben unseres Landesverbandes auch auf Bundesebene umsetzen zu können. Natürlich werden aber auch alle Mitglieder und Sympathisant*innen mit in die Vorbereitungen einbezogen. Darüber hinaus können auch Nicht-Delegierte als Gäste mitreisen und, dank des "Buko neu denken"-Systems auch mehr mitmachen, als es früher der Fall war.

Der Bundeskongress ist alles in allem ein äußerst spannendes, lehr- und partyreiches politisches Wochenende, das jede_r mal mitgemacht haben sollte!

Kandidaturen weibliche Liste

Bisher liegt keine Kandidatur vor! (à mind. 5 Plätze)

Kandidaturen gemische Liste

Bisher liegt eine Kandidatur vor (à 5 Plätze)

6.5 MITGLIEDER DES LANDESAUSSCHUSSES DER PARTEI DIE LINKE (NACHWAHL)

Kandidaturen weibliche Liste

Bisher liegt keine Kandidatur vor!

Kandidaturen gemischte Liste

Bisher liegt keine Kandidatur vor!

6.6 DELEGIERTE ZUM LANDESPARTEITAG DIE LINKE

Kandidaturen weibliche Liste

Bisher liegt keine Kandidatur vor!

Kandidaturen gemischte Liste

Bisher liegen zwei Kandidaturen vor.

7. WEITERES

7.1 WICHTIGE TIPPS UND INFOS

Anmeldung

Um ein wenig Planungssicherheit zu haben und auch Unterbringungsmöglichkeiten für euch sichern zu können solltet Ihr Euch unbedingt bis zu einer Woche vor der LMV anmelden.

Die Anmeldung solltet ihr unbedingt per Mail an unseren Juko vornehmen. Schickt hierzu folgende Daten mit dem Betreff „Anmeldung LMV“:

- 1. Name: (Bsp.: Max M.)
- 2. Wohnort:
- 3. Anreise: (Bsp.: Bahn oder Kfz)
- 4. Übernachtung notwendig: (Ja / Nein)
- 5. Essen: (Vegetarisch / Vegan / Alles)

E-Mailadresse Juko: jugend@dielinke-lsa.de
Öffentlicher PGP-Schlüssel: http://www.linksjugend-lsa.de/uploads/media/Juko_Linksjugend__solid__Sachsen-Anhalt_jugend_dielinke-lsa.de_0xFD0F19A9_pub.asc
Infotelefon: 0163/7057294 oder 0162/8986347 (nachrangig)

...oder per **Kontaktformular** auf unseren Webseite: http://www.linksjugend-lsa.de/lmv_2012/anmelden/.

Falls ihr die Anmeldung nicht per Mail schicken könnt, schreibt eine SMS mit der jeweiligen Nummer davor und euren Daten dazu und wir erfassen euch. PS: ein Verkauf an den VS lohnt bei unseren paar Leuten noch nicht ;-).

Die Info-Nummer steht auch für alle Fragen von eurer Seite her zur Verfügung, egal ob Fragen zu Anträgen, zu Fragen bei den zu besetzenden Gremien und Delegiertenmandaten und und und. Also bei Fragen einfach mal durchklingeln.

Was muss ich bei Anträgen beachten?

Bei Anträgen ist nicht sonderlich viel zu beachten – Es muss eindeutig zu erkennen sein, was euer Anliegen ist und ob weitere Aufgabenstellungen für die Zukunft verbunden sind. Außerdem ist es immer vom Vorteil, Unterstützer*innen für einen Antrag zu haben und diese auch zu benennen, sofern diese es wünschen.
Eine Antragsfrist ist bei Sachanträgen nicht zu beachten, jedoch sollte der Antrag bereits im Antragsheft erscheinen, um allen Menschen die Möglichkeit zu geben, den Inhalt zu erfassen und sich eine Diskussionsgrundlage aufzubauen. Über diese Frist hinaus besteht jedoch immer noch die Möglichkeit, Anträge über den Aktivist*innenverteiler bekannt zu machen oder ggf. direkt schriftlich bei der LMV einzureichen.

➔ **Frist für Sachanträge für das letzte Vorabversion Antragsheft: 15.11.2012**

Alle diese Anträge und auch Kandidaturen schickt Ihr bitte nicht an unseren Juko, sondern direkt an die LSpR-E-Mailadresse: ***lspr.linksjugend-lsa@gmx.de*** **.**

Sollten Satzungsänderungsanträge von Euch bis zu diesem Termin eintreffen, dann wird es ein kleines Sonderantragsheft geben. Wir bitten Euch daher diese Anträge wirklich bis zum genannten Datum einzuschicken, sodass eine Erarbeitung möglich ist.

Weiterhin wird ein Sonderantragsheft erscheinen, soweit bis zu diesem Datum sehr viele Anträge eingegangen sind, um Euch nicht immer mit einem solchen Batzen virtuellen Papiers erschlagen zu müssen.

Im Sinne der Ökologie bitte wir Euch so wenig wie möglich auszudrucken. Ein zusammengefasstes Antragsheft erhaltet Ihr direkt zur LMV.

Weitere Infos folgend mit der nächsten Version des Antragshefts☺.

7.2 WAS GEHT NOCH AM SAMSTAG?

Am Samstagabend könnt Ihr mit der Linksjugend Halle abrocken und damit der Mobilen Opferberatung Sachsen-Anhalt Süd helfen.

Wie das??? Der Stadtverband Halle der Linksjugend veranstaltet an diesem Abend ein **Solikonzert** zu Gunsten des Vereins „Miteinander e.V.“, um auch in Zukunft das Instrument Mobile Opferberatung für den Bereich Sachsen-Anhalt Süd sichern zu

können und Aufklärungsarbeit, sowie Aktionen in Schulen und bei weiteren Bildungsträgern leisten zu können.

Wann und Wo??? → teilen wir Euch noch mit der nächsten Version des Antragsheftes mit.

7.3 ANREISE USW.

Die Anreise gestaltet sich in diesem Jahr vor allem für Bahnfahrer gut, da der Bahnhof max. 15 Gehminuten vom Tagungsort entfernt ist. Eine Anreise mit PKW gestaltet sich aufgrund der doch kuriosen Straßen- und Parkverhältnisse in Halle etwas schwieriger, sollte aber kein Grund zum Fernbleiben sein. Anbei ist findet Ihr einen Kartenausschnitt mit den wichtigsten Punkten in der Stadt.

- ➔ unser Tagungsort (Goldene Rose; Rannische Str. 19)
- ➔ Hauptbahnhof Halle
- ➔ Parkmöglichkeit nähe Bahnhof (Befahrbar von Riebeckplatz Richtung Volkmannstraße)
- ➔ Parkmöglichkeit nähe Leipziger Turm (Prof.-Friedrich-Hofmannstraße)
- ➔ Marktplatz Halle (Umsteigepunkt Straßenbahnen in fast alle Richtungen)

Eine Weitere Parkmöglichkeit besteht noch in der Nähe des Hallmarktes in der Dreyhauptstraße direkt an der gleichnamigen Berufsschule.

Alle Menschen, die sich den Fußmarsch vom Bahnhof nicht zutrauen sollten die Straßenbahnlinien 4,7 oder 9 ab Hauptbahnhof bis zur Haltestelle „Franckeplatz“ nutzen. Keine Bange, auch diese Fahrkosten übernehmen wir bei Abgabe des Antrages mit den dazugehörigen Fahrkarten ;-).
Falls Ihr doch Probleme bei der Anreise haben solltet, nutzt einfach unsere Info-Nummer.

7.4 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Egal wo, egal wer – jeder von uns hat schon einmal Sitzungen mitgemacht, auf welcher sie/er Abkürzungen um die Ohren gehauen bekommen hat. Um Missverständnisse zu vermeiden und falls dem einen oder anderen Mitglieder / Sympathisanten Abkürzungen raus rutschen könnt Ihr hier schnell mal nachlesen, was es bedeutet. Auch für die zukünftige Arbeit kann Euch das sehr hilfreich sein und Ihr könnt mit erfahrenen Genoss*innen mithalten☺.

AKL – Antikapitalistische Linke
BAK – Bundesarbeitskreis
BAG - Bundesarbeitsgemeinschaft
BSpR – Bundessprecher*innenrat
BuVo – Bundesvorstand des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS
BuKo – Bundeskongress (bei Linksjugend und Studierendenverband gleich)
Juko – Jugendkoordinator
Jupo – Jugendpolitischer Sprecher im Landesvorstand
KV – Kreisverband
LPT – Landesparteitag
LaVo – Landesvorstand DIE LINKE
LSpR – Landessprecher*innenrat
LR – Länderrat
LA – Landesausschuss
LAK – Landesarbeitskreis
LAG – Landesarbeitsgemeinschaft (DIE LINKE)
LTF – Landtagsfraktion
LMV – gaaaaanz Wichtig: Landesmitgliederversammlung
LPT – Landesparteitag
RPJ – Ring politischer Jugend
SV – Stadtverband

…….
Euch ist noch mehr aufgefallen, oder Ihr habt noch mehr Ideen? Dann schreibt Sie einfach hier auf und wir machen eine kleine Sammlung, um die hiermit auch eine kleine Hürde für neue Menschen auf unseren Treffen und Sitzungen zu nehmen. Achja und nach dem Aufschreiben und am besten nach der Sitzung reicht Ihr diese Liste bitte gleich bei uns ein.